



Die Gütersloher Suppenküche wird für ihre Arbeit in höchsten Tönen gelobt. Ob die Stadt aber in der Lage ist, jährlich weiterhin 30.000 Euro an Zuschüssen zu zahlen, entscheidet sich erst im Zuge der Haushaltsverabschiedung.

Foto: Andreas Frücht

# Verbände müssen um Zuschüsse bangen

Soziale Einrichtungen wie die Suppenküche sind auf städtische Gelder angewiesen. Ob die Mittel künftig weiterfließen, ist wegen der Haushaltsmisere unklar. Alle Fachbereiche müssen Kürzungen hinnehmen.

Rainer Holzkamp

■ **Gütersloh.** Wie angespannt die finanzielle Lage der Stadt Gütersloh ist, zeigt sich bei den jetzt begonnenen Etatberatungen. Im Ausschuss für Soziales, Familien und Senioren (ASFS) löste der Erste Beigeordnete Henning Matthes ziemlich viele „Ernüchterung“ unter den Mitgliedern aus. Denn zu ihrer Überraschung erfuhren sie, dass aus Einspargründen das Fachbereichsbudget Soziales für kommendes Jahr pauschal um gut 57.000 Euro gekürzt wurde.

Dem gegenüber stehen allerdings diverse bislang nicht im frisch eingebrachten Haushalt veranschlagte Zuschussanträge von freien Wohlfahrtsverbänden und anderen Organisationen wie zum Beispiel der Suppenküche mit einem Gesamtvolumen von 140.000 Euro. Das hat zur Folge, dass die Antragsteller um die Förderung bangen müssen – trotz zum Teil positiver Beschlüsse des Ausschusses. Denn ob es tatsächlich zur Auszahlung kommt, entscheidet letztlich der Rat im Zuge der Haushaltsverabschiedung.

Wie der Erste Beigeordnete erläuterte, ergab sich der Kürzungsbetrag im Fachbereich Soziales aus der durchschnittlichen Differenz der Haushaltsansätze in den vergangenen Jahren und den tatsächlichen

Ausgaben. Es könne also durchaus sein, so Matthes, dass fachlich sinnvolle Dinge aus haushalterischen Gründen nicht zu bezahlen sind. Geld, das im Fachbereich Soziales nicht eingespart wird, müsse an anderer Stelle abgeknappt werden. Wie Matthes gegenüber der „NW“ auf Nachfrage erläuterte, sind von den Kürzungen grundsätzlich alle Fachbereiche in unterschiedlicher Höhe betroffen. „Das ist uns tatsächlich bislang nicht bewusst gewesen“, sagte Grünen-Fraktionssprecherin Gitte Trostmann. Die stellvertretende Kämmerin Silvia Pöhler hatte die von ihrer Abteilung vorgenommene Kürzung in ihrer Rede zur Einbringung des Haushaltes vor einer Woche nicht angekündigt. Sie versteckt sich jeweils unter dem Posten „Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“.

## Suppenküche

Der ASFS befasste sich zum zweiten Mal mit dem Antrag der Suppenküche, die weiterhin von der Stadt finanziell unterstützt werden möchte. Es geht um 30.000 Euro pro Jahr, vorerst für weitere drei Jahre bis Ende 2025. Der Trägerverein um Inge Rehbein war dem Wunsch der Politiker nachgekommen und hatte seinen Antrag nachträglich umfassend erläutert. Wie berichtet, soll nach dem Weggang der Ge-

schäftsführerin im April wieder eine neue hauptamtliche Leitung des Tagesgeschäfts eingestellt werden. Da außerdem von allgemeinen Kostensteigerungen auszugehen sei, rechne der Verein für 2023 mit einem steigenden Budget von rund 170.000 Euro statt zuletzt 150.000 Euro.

Die Arbeit der Suppenküche sei sehr zu schätzen und unbedingt aufrechtzuerhalten, sagte Trostmann. Christiane Ziegele (BfGT) sprach von einer großartigen Leistung und sicherte die Unterstützung ihrer Fraktion zu. Das tat auch Daniel Helmig (CDU). Die Arbeit sei wichtig und richtig. Zustimmung auch von der SPD; Christa Kockentiedt sagte, beim Anblick der langen Schlangen vor der Essensausgabe vor wenigen Tagen sei erschrocken gewesen. Bis auf die AfD stimmte der Ausschuss dem Antrag der Suppenküche zu.

## Flüchtlingsberatung

Der Ausschuss gab dem Antrag statt, die Bezuschussung der Flüchtlingsberatung der Diakonie inklusive der Tarifsteigerungen zu entfristen. Die Verwaltung befürwortete dies, um das Niveau der Beratung mittel- bis langfristig zu sichern. Matthes sagte, es seien in diesem Aufgabenfeld langfristig verlässliche Strukturen notwendig. „Wir müssen uns

darauf einstellen, dass wir nicht wieder beruhigte Zeiten erleben.“ Gleichwohl beantragten BfGT und CDU, die Finanzierung der Flüchtlingsberatung zunächst auf drei Jahre zu befristen. Bei Stimmgleichheit wurde dies abgelehnt. Keinen Erfolg hatte die Diakonie mit einem weiteren Antrag, der die Aufstockung des Personals in der Flüchtlingsberatung um eine halbe Stelle vorsah. Dafür sprachen sich lediglich SPD und BfGT aus.

## Caritas-Beratungsstelle

Noch unklar ist, ob der Ausschuss dem Wunsch nachkommt, das Personal der Beratungsstelle des Caritas-Kreisverbands für südosteuropäische Arbeitnehmer mit städtischen Mitteln um eine halbe Stelle aufzustocken, da die Landesförderung für diese halbe Stelle weggefallen ist. Die Entscheidung wurde vertagt.

Die Grünen verlangten, dass die Arbeitgeber der Betroffenen wie Tönnies oder Amazon von dieser Finanzierung herangezogen werden. Auch die CDU sah die Firmen hier in der Pflicht. Bis zur nächsten Sitzung soll die Stadt die Bereitschaft dazu ausloten.

## AWO-Fachdienste

Ebenfalls vertagt wurde der Antrag des AWO-Kreisverbands, die Fachdienste für Migration und Integration in Gü-

tersloh im Zuge der Übernahme dieser Dienste vom Bezirksverband durch die Stadt mit 31.000 Euro mitzufinanzieren. Insbesondere der SPD und der BfGT fehlten dazu eine ausführliche Begründung und ausreichende Informationen zu der konkreten Arbeit. Möglicherweise ergäben sich Doppelstrukturen, die zu vermeiden seien.

## SkF-Sozialberatung

Der Antrag des Sozialdienstes katholischer Frauen (SkF) auf die Bezuschussung einer zentralen Anlaufstelle für Alleinerziehende im Umfang einer Vollzeitstelle in Höhe von 86.250 Euro wurde einstimmig abgelehnt. Der Ausschuss folgte damit der Empfehlung der Verwaltung. In Gütersloh gebe es bereits genügend Beratungs- und Unterstützungsangebote, unter anderem der Diakonie, der AWO oder der Caritas. Christa Kockentiedt verwies zudem auf die allgemeine Sozialberatung, die ebenfalls von der Stadt bezuschusst werde. Wie berichtet, betreibt der Gütersloher SkF betreibt seit dreieinhalb Jahren eine Lotsenstelle für Alleinerziehende, finanziert aus einem Sonderfonds des Erzbistums Paderborn. Die Förderung läuft im April nächsten Jahres aus. Der SkF hatte gehofft, dass danach die Stadt ein- springt.